

CDU: Sperrung kostet keine 40 000 Euro

Drei Fraktionen glauben an eine Legendenbildung im Zusammenhang mit der Telegrafstraße.

Die Sperrung der oberen Telegrafstraße ab der Einmündung An der Feuerwache zwischen ab dem 10. November und der anschließenden Wiederöffnung Ende November vergangenen Jahres erregte viele Gemüter. Mit dieser Maßnahme, die wieder zurückgenommen wurde, sollte der Verkehr von der Telegrafstraße auf den Brückenweg gelenkt werden.

Die Fraktionen von CDU, Bürgerforum und WNKUWG treten jetzt in einer gemeinsamen Presseerklärung einer „Legendenbildung“ entgegen, heißt es in dem Schreiben. Ihrer Ansicht nach hätten viele Menschen falsche Informationen hinsichtlich der Kosten für die Beendigung des Durchfahrtsverbots in der Telegrafstraße. „Durch gezielte Fehlinformationen“ herrsche

die Annahme, die Kosten für den Abbau der Schilder inklusive Gutachterkosten betragen 40 000 Euro.

Nach Darstellung der drei Fraktionen verursachte der Auf- und Abbau der Beschilderung 2500 Euro, die weiteren Maßnahmen, die auch von den drei Fraktionen getragen worden waren, hätten weitere Kosten in Höhe von 29 500 Euro verursacht. Die Kosten für

den Gutachter sei Teil des Verkehrsentwicklungsplans

Tiefbauamtsleiter Harald Drescher bestätigte, dass der Auf- und Abbau der Schilder am Ende der Telegrafstraße einschließlich der Lohnkosten 2600 Euro gekostet habe. Die weiteren Maßnahmen wie das Entfernen der Mittelinseln auf dem Brückenweg sowie der Umbau der Kreuzung Brückenweg/Telegrafstraße (Änderung der Linienführung) hätten Kosten in Höhe von 30 900 Euro verursacht.

Verkehrskonzept soll Entwicklung Loches-Platz berücksichtigen

Die drei Fraktionen betonen ihre Einigkeit, dass gleichzeitig mit der Loches Platz-Entwicklung ein Verkehrskonzept für die gesamte Innenstadt erarbeitet werden müsse, in dem Verkehrsexperten, Einzelhändler, interessierte Bürger und Politiker einbezogen werden sollten. „Die Art und Weise, wie ein Investor den Loches Platz gestaltet, wird gravierende Auswirkungen auf den städtischen Verkehrsfluss haben“, meinen die drei Fraktionen. „In diesem Zuge soll eine mehrjährige Lösung erarbeitet werden.“

Die vorübergehende Sperrung der Telegrafstraße erhitzt die Gemüter jetzt noch.

Foto: kam

WTA
d.?



Kritik an Videoaufnahme auf Infoveranstaltung

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Videoaufnahmen durch die Stadtverwaltung auf der Bürgerversammlung zur Information über die Flüchtlingsunterbringung bleiben nicht ohne politische Reaktion. Henning Rehse (WNKUWG) kritisiert dieses Vorgehen. Vorwürfe, in einer Haupt- und Finanzausschusssitzung habe es rassistische Äußerungen durch Zuschauer gegeben, bestreitet er. Von daher kritisiert er, dass die Bürgerversammlung von der Verwaltung zu einem „Hoch-Sicherheits-Spiel“ hochstilisiert worden sei. Es gab für die Videoüberwachung keinerlei Anlass, meinte er in einer Erklärung – „es sei denn, man wollte, wie es bei den Bürgern auch angekommen ist, vorsorglich einschüchtern“. Rassistische Äußerungen seien absolut indiskutabel; Wermelskirchener Bürger hätten es jedoch nicht verdient, vorsorglich unter Generalverdacht gestellt zu werden.

Bürgermeister weist Vorwurf der Einschüchterung zurück

DM 04.07.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Kritik von Henning Rehse (WNKUWG) an der Informationsveranstaltung zur Flüchtlingsunterbringung bleibt nicht ohne Reaktion. Der in dem offenen Brief direkt angesprochene Bürgermeister Rainer Bleek wies gestern in einer Mail an Rehse diese Kritik „als völlig haltlos und verleumderisch schärfstens zurück“. Auch er habe keine rassistischen Äußerungen in der Ausschusssitzung aus dem Zuschauerraum gehört; die Verwaltung habe die Versammlung auch nicht zu einem „Hoch-Sicherheits-Spiel“ hochstilisiert“, wie Rehse behauptete. „Wir haben die Regeln verdeutlicht. Dazu gehört die Namensnennung bei Wortmeldungen. Rassistische Redner würden ausgeschlossen.“ Er sehe in diesen Regeln, die für eine zivilisierte Diskussion grundlegend seien, weder eine Einschüchterung der Bürger noch stelle er damit irgendjemanden unter Generalverdacht. „Ein solcher Vorwurf ist auch von keinem Teilnehmer während der Veranstaltung öffentlich geäußert worden.“

Auch der Vorwurf der Videoüberwachung sei unsinnig: „Es gab keine Überwachung, sondern das Inter-

se von TV-Medien, Filmaufnahmen zu machen“, erklärte Bleek. Dagegen sei nichts einzuwenden, denn auch bei früheren Veranstaltungen seien Filmaufnahmen gemacht worden. Bleek appelliert an Rehse, das Thema nicht für „parteitaktische Profilierungen zu instrumentalisieren“.

Als „grotesk“ bezeichnete Jochen Bilstein (SPD) Rehse's Bezeichnung der Versammlung als „Hoch-Sicherheits-Spiel“. Nach seiner Darstellung gebe es seit längerem Menschen, die in einschlägigen Medien wie auch in öffentlichen Veranstaltungen all das vermissen ließen, was anständige Bürger verinnerlicht hätten: zivilisatorische Umgangsformen in Verhalten und Sprache, Empathie gegenüber Menschen jeglicher Herkunft, Religion und Hautfarbe. Daher sei es absolut richtig gewesen, dass der Bürgermeister von Anfang an klarstellte, wo die Grenzen des freien Wortes sein würden.

Niemand, meinte Bilstein, stelle irgendjemanden in Wermelskirchen unter irgendeinen Generalverdacht – und „niemand wird in seinem Recht auf freie Meinungsäußerung beschnitten“.

WNK UWG: ^{WKA 01.07.} Überwachung ist überzogen

Die Videoaufnahmen durch die Stadtverwaltung auf der Bürgerversammlung zur Information über die Flüchtlingsunterbringung bleiben nicht ohne politische Reaktion. Henning Rehse (WNK UWG) kritisiert dieses Vorgehen. Vorwürfe, in einer Haupt- und Finanzausschusssitzung habe es rassistische Äußerungen durch Zuschauer gegeben, bestreitet er. Zwischenrufe hätten sich darauf bezogen, dass die Zuhörer kein Rederecht bekamen. „Kein Zuhörer hat auch nur einen Ton inhaltlicher Kritik oder gar rassistischer Natur verlauten lassen“, schreibt Rehse in einem offenen Brief an Bleek.

Von daher kritisiert er, dass die Bürgerversammlung von der Verwaltung zu einem „Hoch-Sicherheits-Spiel“ hochstilisiert worden sei. Es gab für die Videoüberwachung keinerlei Anlass, meinte er in der Erklärung – „es sei denn, man wollte, wie es bei den Bürgern auch angekommen ist, vorsorglich einschüchtern“. Rassistische Äußerungen seien absolut indiskutabel; Wermelskirchener Bürger hätten es jedoch nicht verdient, vorsorglich unter Generalverdacht gestellt zu werden. *tei/kam*

Durchfahrtsverbot - Gegner sehen „Legendenbildung“ ^{BM} 1.2.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Fraktionen von CDU, Bürgerforum und WNKUWG treten jetzt in einer gemeinsamen Presseerklärung einer „Legendenbildung“ entgegen, heißt es in dem Schreiben. Ihrer Ansicht nach hätten viele Menschen falsche Informationen hinsichtlich der Kosten für die Beendigung des Durchfahrtsverbots in der Telegrafstraße.

„Durch gezielte Fehlinformationen“ herrsche die Annahme, die Kosten für den Abbau der Schilder inklusive Gutachterkosten betragen 40.000 Euro.

Nach Darstellung der drei Fraktionen verursachte der Auf- und Abbau der Beschilderung 2500 Euro. Weitere Maßnahmen, die auch von den drei Fraktionen getragen worden waren, hätten weitere Kosten in Höhe von 29.500 Euro verursacht. Die Ausgaben für den Gutachter sei Teil des Verkehrsentwicklungsplans.

Tiefbauamtsleiter Harald Drescher

„Der Auf- und Abbau der Beschilderung Telegrafstraße kostete 2600 Euro“

Harald Drescher

bestätigte, dass der Auf- und Abbau der Schilder am Ende der Telegrafstraße einschließlich der Lohnaufwendungen 2600 Euro gekostet habe. Die weiteren Maßnahmen wie das Entfernen der Mittelseln auf dem Brückenweg sowie der Umbau

der Kreuzung Brückenweg/Telegrafstraße (Änderung der Linienführung) hätten Kosten in Höhe von 30.900 Euro ver-

ursacht. Die drei Fraktionen betonen ihre Einigkeit, dass gleichzeitig mit der Loches Platz-Entwicklung ein Verkehrskonzept für die gesamte Innenstadt erarbeitet werden müsse, in dem Verkehrsexperten, Einzelhändler, interessierte Bürger und Politiker einbezogen werden sollten. „Die Art und Weise, wie ein Investor den Loches Platz gestaltet, wird gravierende Auswirkungen auf den städtischen Verkehrsfluss haben“, meinen die drei Fraktionen. „In diesem Zuge soll eine mehrjährige Lösung erarbeitet werden.“

Rehse: Rainer Bleek reagiert dünnhäutig

WERMELSKIRCHEN (tei.-) „Dünnhäutigkeit“ wirft Henning Rehse (WNKUWG) dem Bürgermeister bei den Themen Flüchtlingsunterbringung und Bürgerversammlungen vor: Dies hätten nicht nur er, sondern auch Kollegen aus dem politischen Raum festgestellt. Mit der Begrifflichkeit „Hoch-Sicherheits-Spiel“ rudert Rehse plötzlich zurück – nicht er hätte die Versammlung so hochstilisiert, sondern ein TV-Sender. Rehse entgegnet dem Wermelskirchener Bürgermeister, dass sich Bürger durch seine Einführung und den Hinweis auf Fernsehaufnahmen eingeschüchtert fühlten – „das wurde von Bürgern und Ratskollegen berichtet“. Und wenn jemand diesen Eindruck hatte, dürfe er ihn auch äußern, ohne dass er gleich als „haltlos“ und verleumderisch“ titulierte, schreibt Rehse in einer Presseerklärung. Außerdem könne er sich nicht daran erinnern, dass in Bürgerversammlungen Filmaufnahmen gemacht wurden – „zumindest hat Eric Weik nicht drauf hingewiesen“.

BM 1.2.

Zebrastrifen für den Brückenweg ^{BM} 14.2.

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Der Brückenweg nimmt immer mehr Verkehr auf. Deshalb beantragt jetzt die WNKUWG-Fraktion, in Höhe der Fußgängerbrücke über die Dellmannstraße einen Zebrastrifen einzurichten. Einen entsprechenden Antrag hat jetzt Klaus Brosze formuliert und an den Fachausschussvorsitzenden und den Bürgermeister gesandt. „Es ist gewollt, dass der Brückenweg mehr Verkehr aufnimmt. Dann macht es auch Sinn, hier einen Zebrastrifen einzurichten“, schreibt Brosze.